

NEUE LUZERNER ZEITUNG



möbel Schaller

Raum zum Geniessen

6232 Geuensee www.moebelschaller.ch

Giftgas Die Beweise für den Gasangriff in Syrien sind laut UNO «unwiderlegbar». **6**

Wolf Im Urnerland wurden 23 Schafe gerissen. Vermutlich steckt ein Bündner Wolf dahinter. **25**

Höhenflug für die Neue LZ

LUZERN red. Die Zeitungshitparade hat sich im letzten Jahr verändert. Wie die neuesten Zahlen der Wemf AG für Werbemittelforschung zeigen, gewinnen Zentralschweizer Zeitungstitel massiv Leser hinzu. Die «Neue Luzerner Zeitung» erreicht gemäss diesen Zahlen aktuell 287 000 Leser. Im Vergleich zum Vorjahr sind das 11,24 Prozent mehr. Das entspricht einer Zunahme von 29 000 Leserinnen und Lesern. Noch deutlicher ist der Leserzuwachs bei der Sonntagsausgabe. Die «Zentralschweiz am Sonntag» wird von 226 000 Leserinnen und Lesern gelesen – das ist ein Plus von über 24 Prozent.

11

SVP will hart durchgreifen

STRAFVOLLZUG red. Nach dem Tod der 34-jährigen Therapeutin Adeline, die von einem Häftling auf dem Weg zur Reittherapie umgebracht wurde, läuft die politische Diskussion heiss, was sich im Schweizer Strafvollzug verändern muss. SVP-Nationalrätin Natalie Rickli etwa fordert, dass Täter, die mehr als einmal vergewaltigt haben, automatisch verwahrt werden. Diskutiert wird auch über ein nationales Register für gefährliche Straftäter. Ein solches lehnt der Bundesrat ab, wie er gestern in der Fragestunde des Nationalrates sagte. Es trage nichts zur Verbesserung der Situation bei, so der Bundesrat. **Kommentar 5. Spalte**

3

Nationalrat stützt Nidwalden

ATOM-ENDLAGER red. Nun geht der Ball wieder zurück an den Ständerat: Der Nationalrat hat sich gestern dafür ausgesprochen, dass Standortregionen ein Veto gegen Atomendlager einlegen können. Er hat einer Standesinitiative Nidwaldens zugestimmt. Damit widersetzte sich der Rat seiner Energiekommission. Um den umstrittenen Nidwaldner Wellenberg als Standort für ein geologisches Tiefenlager zu verhindern, haben zwei regionale Politiker gewebelt. Der Obwaldner CSP-Nationalrat Karl Vogler und der Nidwaldner SVP-Nationalrat Peter Keller konnten eine breite Unterstützung für das Anliegen organisieren.

5

ANZEIGE

showroom
luzern 041 318 00 00
www.lista-office.com

lista office **LO**

«Costa Concordia»: Der Kraftakt vor Giglio



Mehr als eineinhalb Jahre nach der Havarie der «Costa Concordia» wird der Luxusliner vor der italienischen Insel Giglio aufgerichtet. Die grösste Schiffsbergung aller Zeiten verlief gestern planmässig. Allerdings hatten ein Sturm und ein heftiges Gewitter den Beginn der Bergung verzögert. Die Verantwortlichen kündigten an, dass die Arbeiten bis heute Morgen andauern. **AP/Andrew Medichini**

36

Luzerner Wirtschaft muckt auf

LUZERN Die städtischen Wirtschaftsverbände gehen in die Offensive. Der Stadtrat höre zu wenig auf sie, kritisieren sie.

hb. Wirtschaftsvertreter würden vom Stadtrat bei wichtigen Fragen der Verkehrsplanung «zu wenig in den Entscheidungsprozess einbezogen». Dies kritisiert Alexander Gonzalez, Präsident des Wirtschaftsverbands Stadt Luzern. «Wir können immer nur zu Teilprojekten Stellung nehmen», sagt auch André Bachmann von der City-Vereinigung Luzern, einem Zusammenschluss von Stadtluzerner Geschäften.

André Bachmann bemängelt etwa die fehlende Gesamtplanung beim Schwanenplatz und der daran anschliessenden viel frequentierten Einkaufsstrasse



Alexander Gonzalez, Wirtschaftsverband Luzern.

PD

Grendel. Dass hier nun die Werkleitungen umfassend saniert werden müssen, dafür habe er Verständnis. Dass die Stadt aber noch immer kein Konzept für die Schwanenplatz/Grendel-Neugestaltung habe, sei «unverständlich», erklärt er.

Die Wirtschaftsverbände kritisieren auch, dass in der Stadt Luzern ein Gesamtverkehrskonzept fehle. Deshalb seien sie gezwungen, Einzelprojekte wie etwa das geplante Rechtsabbiegeverbot von der Pilatusstrasse zum Bahnhof Luzern «sehr kritisch zu beurteilen».

Stadtrat reagiert

Er nehme die Kritik der Wirtschaftsverbände ernst und werde die Informationsbemühungen verstärken, sagte Stadtrat Adrian Borgula gestern auf Anfrage unserer Zeitung. Er betonte aber gleichzeitig, dass der Stadtrat die Interessen der ganzen Bevölkerung und nicht nur jene der Wirtschaft berücksichtigen müsse.

20

KOMMENTAR

Es ist Zeit zum Handeln

Eine junge Frau musste sterben. Ein Wiederholungstäter hat sie auf dem Weg zu einer Reittherapie ermordet – davon muss man zumindest ausgehen. Bereits im Mai fiel eine 19-Jährige einem verurteilten Mörder und Vergewaltiger zum Opfer, auch er befand sich noch im Strafvollzug. Es sind Fälle, die nahegehen, fassungslos machen und unweigerlich Fragen aufwerfen. Fragen wie: Wie konnte das passieren? Was ist falsch gelaufen? Wer hat Fehler gemacht? Vor allem aber: Wie können wir das künftig verhindern? Die verantwortlichen Behörden geraten unter Druck. Zu Recht.

Klar ist, dass keine Gesetzesänderung die ermordeten Frauen zurückbringt. Trotzdem sind nun die Strafvollzugsbehörden der Westschweiz besonders in der Kritik. Experten sprechen von einem «Röstigraben», wenn es um den Strafvollzug geht. Als vorbildlich gilt der Kanton Zürich mit seiner harten Linie. Doch auch der Musterknabe hat seine Hausaufgaben nicht ohne Druck gemacht. Erst nachdem ein mehrfach verurteilter Mörder eine junge Frau umgebracht hatte, organisierten Zürichs Behörden ihren Strafvollzug neu.

Nach der jüngsten Tragödie in Genf müssen Politik, Richter und Behörden handeln – veraltete Strukturen und Gefängnisse müssen modernisiert werden. Dabei sollte die Deutschschweiz aber nicht zuschauen. Im Gegenteil. Es ist Zeit, die kantonalen Grenzen aufzubrechen und gemeinsam einen wirksamen Strafvollzug zu etablieren. Echte Zusammenarbeit ist gefragt. Nur wenn nicht jeder Kanton das Rad neu erfinden und dabei die Entwicklungskosten selbst berappen muss, kann Strafvollzug wirksam und effizient werden. Föderalismus darf keine Menschenleben kosten.

LÉA WERTHEIMER
lea.wertheimer@luzernerzeitung.ch

ANZEIGE

Angebotsübersicht auf

AboPASS

LUZERNER ZEITUNG URNER ZEITUNG SCHWYZER ZEITUNG
OB- u. NIDWÄLDNER ZEITUNG ZÜRCHER ZEITUNG

www.abopassshop.ch
Abonnieren lohnt sich!

INHALT

| | | | | | |
|--------|----|--------------|----|---------------|----------|
| Agenda | 16 | Ratgeber | 26 | Todesanzeigen | 13/14/15 |
| Forum | 24 | Rätsel | 24 | TV/Radio | 12 |
| Kultur | 8 | Sportjournal | 29 | Wetter | 26 |

NACHRICHTEN

Einmal Zirkusluft schnuppern

LUZERN red. Die Zirkusschule Tortellini lädt zu einem Schnuppertraining für Kinder und Jugendliche in der eigenen Zirkushalle in Luzern-Littau. Neu können auch Kinder mit einer leichten Behinderung teilnehmen. Die Schnuppertrainings finden morgen und am 25. September statt – von 14 bis 15 Uhr für Kindergärtler und von 15.30 bis 17 Uhr für Kinder und Jugendliche. Die Zirkuskurse starten dann nach den Herbstferien. Die Teilnahme ist gratis. Infos: www.zirkusschule-luzern.ch

Kantonsgericht stützt Lehrer

URTEIL red. Das Kantonsgericht hat ein Urteil des Bezirksgerichts Luzern bestätigt, das den Kanton zur Zahlung von 240 000 Franken an einen freigesprochenen Lehrer verpflichtet. Der Mann war Lehrer einer 4./5. Klasse. Im Herbst 2004 wurde gegen ihn eine Strafuntersuchung eingeleitet. Er wurde unter anderem verdächtigt, mit Kindern sexuelle Handlungen vorgenommen zu haben (Ausgabe vom 6. Februar). Sowohl das Kriminalgericht als auch das Obergericht sprachen den Mann von sämtlichen Vorwürfen frei.

Arbeit war «nicht zumutbar»

Der ehemalige Lehrer verklagte darauf den Kanton Luzern. Er verlangte 865 000 Franken unter anderem wegen des Erwerbsausfalls. Der Kanton bestritt die Höhe des Entschädigungs- und Genugtuungsanspruchs, den das Bezirksgericht auf 240 000 Franken festlegte. Das Kantonsgericht bestätigt das erstinstanzliche Urteil vollumfänglich. Es sei für den Kläger nicht zumutbar gewesen, die ihm verbliebene Arbeitsfähigkeit von 50 Prozent wahrzunehmen. Das Strafverfahren sei zu belastend gewesen. Ausserdem sei er in seiner Berufswahl eingeschränkt gewesen, da er über keine andere abgeschlossene Ausbildung verfügte. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Wirtschaft will mehr Mitsprache

GRENDEL City-Vereinigung und Wirtschaftsverband sind verärgert. Dem Stadtrat fehle es in Verkehrs- und anderen Fragen an Visionen.

HUGO BISCHOF
hugo.bischof@luzernerzeitung.ch

«Auch wir sind interessiert an einer attraktiven Innenstadt», sagt André Bachmann von der City-Vereinigung Luzern, einem Zusammenschluss von rund 200 Geschäften, Gewerbetreibenden und Privatpersonen. Doch wie der Stadtrat zurzeit die Thematik Schwanenplatz/Grendel anpacke, sei ungenügend. «Dass die Werkleitungen umfassend saniert werden, verstehen wir», betont Bachmann. «Dass aber gleichzeitig kein Konzept für die Oberflächengestaltung vorliegt, ist unverständlich.»

Bachmann, Inhaber der an der Bundesstrasse 20 domizilierten Sphinx Lichttechnik AG und bei der City-Vereinigung für das Ressort Rahmenbedingungen/Politik zuständig, kritisiert: «Dem Stadtrat fehlt es an einer Gesamtvision.» Auch wie der Verkehr während der aufwendigen Bauarbeiten organisiert werde, sei unklar. Der Stadtrat gab kürzlich bekannt, dass die Carparkplätze am Schwanenplatz von September 2014 bis Mai 2015 teilweise aufgegeben werden müssen (Ausgabe vom 31. August).

«Vor vollendete Tatsachen gestellt»

«Wir können immer nur zu Teilprojekten Stellung nehmen», kritisiert Bachmann, «dabei wären wir bereit, uns für zukunftsgerichtete Lösungen etwa im Verkehrsbereich zu engagieren.» City-Vereinigungs-Präsident Franz Stalder wird noch deutlicher: «Wir werden vom Stadtrat zwar zu Gesprächen eingeladen, aber am Schluss werden wir meistens vor vollendete Tatsachen gestellt.»

Ähnlich tönt es beim Wirtschaftsverband Stadt Luzern. Dessen Präsident Alexander Gonzalez sagt: «Der Einbezug der Wirtschaftsvertreter der Stadt Luzern in den Entscheidungsprozess findet ungenügend statt.» Dass der Stadtrat in der Neustadt die Streichung von 85 Parkplätzen plant, habe man «nur zufällig erfahren». Unsere Zeitung hatte darüber am 18. Juni berichtet. «Wir



Fordert ein Gesamtverkehrskonzept: André Bachmann von der City-Vereinigung Luzern gestern auf dem Schwanenplatz.

Bild Nadia Schärli

werden vom Stadtrat zwar angehört, erfahren dann aber zwei Monate später aus den Medien, dass doch alles anders kommt», kritisiert Gonzalez.

Die mangelnde Information führe dazu, dass die Wirtschaft «das Vertrauen in den Stadtrat verliert», sagt André Bachmann. «Es fehlt ein Gesamtver-

kehrskonzept», bringt es Bachmann auf den Punkt. Das zeige sich auch bei der vom Stadtrat unterstützten Initiative zur Attraktivierung der Bahnhofstrasse. «Dass alle Wirtschaftsverbände die Nein-Parole beschlossen, muss dem Stadtrat zu denken geben. Eigentlich ist gegen eine Flaniermeile an der Reuss

nichts einzuwenden; aber solange ein Gesamtkonzept fehlt, müssen wir zu solchen Einzelprojekten Nein sagen.»

Kritisiert wird von den Wirtschaftsverbänden auch das vorgesehene Rechtsabbiegeverbot von der Pilatusstrasse zum Bahnhof Luzern wegen der geplanten durchgehenden Busspur auf der Pilatusstrasse. «Dass man von der Pilatusstrasse nicht mehr zum KKL fahren kann, haben wir ebenfalls erst aus den Medien erfahren», sagt Bachmann.

Stadtrat reagiert

Stadtrat und Verkehrsdirektor Adrian Borgula nimmt die Kritik der Wirtschaftsverbände ernst. «Es beunruhigt mich, dass unsere Informationen zu wenig ankommen. Wir werden uns bemühen, künftig noch mehr zu kommunizieren.» Borgula gibt gleichzeitig zu bedenken, dass «die Stadt die Ansprüche der Wirtschaft nicht immer zu 100 Prozent befriedigen kann – wir sind für die Interessen der ganzen Bevölkerung da».

Immerhin, der Stadtrat hat auf die Kritik der Wirtschaftsverbände reagiert: Die City-Vereinigung erhält neu Einsitz in der Verkehrskommission. «Wir werden den entsprechenden Antrag bewilligen», sagt Borgula. Das nimmt André Bachmann von der City-Vereinigung erfreut zur Kenntnis. «Das geeinte Auftreten der Wirtschaftsverbände zeigt Wirkung», meint er. «Wir erhielten in den letzten Tagen diverse Anfragen für Gespräche aus der Baudirektion.»

Zur Kritik im Einzelnen sagt Borgula: «Beim Schwanenplatz/Grendel gab es ein Gesamtprojekt, bei dem die IG Grendel in der Projektsteuerung vertreten war. Als sich die Uhrenbranche diesen Sommer vom Projekt «Walk of Watches» zurückzog, standen wir aber vor einem Scherbenhaufen.» Nun müsse die Sanierung von Wasserleitungen und Kanalisation vorgezogen werden.

«Bedürfnisse aller einholen»

Hier liege die Federführung bei Energie Wasser Luzern (EWL) und dem Gemeindeverband Real. Diese würden beim Stadtrat ein Gesuch einreichen. Borgula: «Wir werden es prüfen und die Bedürfnisse aller Betroffenen, auch der Wirtschaftsverbände, einholen.» Zur Busspur auf der Pilatusstrasse sagt Borgula: «Sie ist Teil des Agglo-Programms, das seit 2011 bekannt ist; die durchgehende Busspur war schon zweimal in der Verkehrskommission.»

Stadt will bei der ZHB vorwärtsmachen

INITIATIVE Das Volk soll einen Abbruch der ZHB verhindern. Die dafür nötige Initiative steht – kommt nun der Kanton unter Druck?

Das Volk wird über den Erhalt der Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern (ZHB) definitiv abstimmen können. Die «Initiative zur Rettung der ZHB Luzern» der Grünen der Stadt Luzern ist mit 1165 gültigen Unterschriften zu Stande gekommen, wie die Stadt Luzern gestern mitteilte. Das Initiativkomitee fordert, dass die Stadt in ihrem Bau- und Zonenreglement den Abbruch der ZHB planungsrechtlich verunmöglichen soll.

Stadtrat hat zwölf Monate Zeit

Nun wird der Stadtrat innert Jahresfrist dem Grossen Stadtrat einen Bericht und einen Antrag unterbreiten. Danach muss der Grosse Stadtrat innert sechs Monaten einen Beschluss fällen. Wann letztlich das Stimmvolk über die Vorlage entscheidet, ist offen. Ruedi Frischknecht, Leiter Stadtentwicklung der Stadt Luzern, aber verspricht: «Wir wollen das weitere Vorgehen möglichst speditiv abwickeln.» Der Kanton solle die Haltung der Stadt zur Initiative möglichst schnell erfahren, damit er das weitere Vorgehen planen kann.

Nach wie vor ist die Zukunft der ZHB ungewiss. Dies, nachdem das Kantonsparlament für die ZHB einen Neubau

verlangte – die Kosten dafür werden auf rund 80 Millionen geschätzt. Obwohl sich der Stadtrat gegen die für einen Neubau notwendige Umzonung aussprach, überwies das Kantonsparlament Ende 2012 zusätzlich eine Motion, die das Kantonsgericht in einen ZHB-Neubau integrieren will. Im Juni jedoch lehnte der Kantonsrat einen Kredit zur Planung des Neubaus in der Höhe von 4 Millionen Franken ab. Zwar erhielt der Neubau mit integriertem Kantonsgericht weiterhin Zuspruch, doch die Kosten waren den Parlamentariern zu hoch.

Regierung muss handeln

«Der Ball liegt nun beim Regierungsrat», sagt dazu Urs Mahlstein, Luzerner Kantonsbaumeister. Mit der Rückweisung der Botschaft für den Projektierungskredit habe das Kantonsparlament den Regierungsrat mit der Durchführung des Wettbewerbsverfahrens beauftragt. Dass nun wegen der Initiative der Druck auf den Kanton steigt, glaubt er nicht. «An der Ausgangslage hat sich nichts geändert.»

Anderer Meinung sind diesbezüglich die Grünen der Stadt Luzern. Im August sagte Parteipräsident Marco Müller in unserer Zeitung: «Spätestens wenn die Stadtbevölkerung den Neubau ablehnt, und davon gehen wir aus, muss der Kanton die Planung eines Neubaus stoppen. Alles andere wäre absolut ungläubwürdig.»

CHRISTIAN HODEL
christian.hodel@luzernerzeitung.ch

Moosmatt: Stadt legt neuen Pausenplatz bis 2018 auf Eis

SANIERUNG Die Stadt zieht das Baugesuch für den neuen Sport- sowie den Pausenplatz beim Moosmatt-Schulhaus zurück. Eltern sind enttäuscht.

Ein neuer Allwetterplatz sowie die Sanierung des Pausenplatzes beim Schulhaus Moosmatt rücken in weite Ferne: Die Stadt Luzern hat das entsprechende Baugesuch zurückgezogen, wie sie gestern mitteilte. Davon nicht betroffen ist der Spielplatz. Dieser wird ab November saniert und mit neuen Spielgeräten erweitert. Auch werden südwestlich der Turnhalle acht Parkplätze sowie Veloabstellplätze erstellt, wobei eine Zufahrt von der Moosmattstrasse her vorgesehen ist. Die Parkplätze vor dem Schulhauseingang werden aufgehoben. Das Teilprojekt kostet 450 000 Franken und wird voraussichtlich im April/Mai 2014 abgeschlossen.

Rasche Einigung unwahrscheinlich

Ursprünglich wollte die Stadt auch den Pausenplatz beim Moosmatt-Schulhaus sanieren und den Rasenplatz in einen Allwetterplatz mit Kunststoffbelag umbauen. Das Stadtparlament hatte 2008 einen entsprechenden Kredit von 1,28 Millionen Franken bewilligt. Doch das Projekt war lange durch Einsprachen von Anwohnern blockiert, die sich vor mehr Lärm fürchteten. Ein Lärmgutachten stellte aber fest, dass dank Lärm-

schutzmassnahmen mit einer Reduktion des Lärms zu rechnen ist. Deshalb reichte die Stadt das Baugesuch im März 2013 beinahe unverändert ein. Allerdings wurden zwei Teilprojekte aufgelegt: einerseits die nun bewilligte Spielplatzsanierung inklusive Parkplätze und

zustimmen können. Das reichte den Einsprechern aber nicht», so Pfromm zur festgefahrenen Situation.

Nun hat die Stadt entschieden, vorerst auf einen neuen Allwetterplatz zu verzichten und die Situation im Rahmen der Gesamtsanierung des Schulhauses neu zu beurteilen. Diese ist auf 2018 vorgesehen. «So haben wir die Möglichkeit, eine ganzheitliche Neugestaltung anzugehen», sagt Pfromm. Wie eine Lösung aussehen könnte, die sowohl für Schule und Eltern als auch für Einsprecher annehmbar ist, sei noch offen.

Elternrat nimmt Stadt in die Pflicht

Judith Dörflinger vom Elternrat des Schulhauses Moosmatt sagt auf Anfrage: «Wir sind sehr frustriert und ernüchert, dass mit den Einsprechern keine Einigung erzielt werden konnte. Es ist ungeheuerlich, dass Einzelne die Sanierung des Allwetterplatzes, die einem ganzen Quartier zugutekäme, jahrelang verzögern können.» Froh ist Dörflinger über die Trennung zwischen Spielplatz und Allwetterplatz. «Somit wird immerhin der langersehnte Spielplatz bald realisiert.» Nun werde der Entscheid der Stadt Luzern, das Baugesuch zurückzuziehen, im Elternrat diskutiert. «Entweder wir kämpfen dafür, dass die Stadt die Einspracheverhandlungen fortsetzt. Oder wir akzeptieren den Entscheid und setzen uns dafür ein, dass die Stadt die Sanierung rasch an die Hand nimmt und 2018 umsetzt. Hoffentlich findet dieses Rössli Spiel dann ein Ende», so Dörflinger.



«Einer kleinen Verschiebung hätten wir zustimmen können.»

FRIEDERIKE PFROMM,
CHEFIN IMMOBILIEN

Veloabstellplätze, andererseits der neue Sportplatz und die Pausenplatzsanierung. «Gegen den Allwetterplatz haben erneut zwei Parteien Einsprache eingereicht», so Friederike Pfromm, Chefin Immobilien der Stadt Luzern. Bei den Einspracheverhandlungen habe sich gezeigt, dass eine rasche Einigung unwahrscheinlich sei. «Der Allwetterplatz steht relativ dicht an den benachbarten Wohnbauten. Die Einsprecher wollten diesen verschoben haben», so Pfromm. «Einer kleinen Verschiebung hätten wir

OLIVIA STEINER
olivia.steiner@luzernerzeitung.ch